

der NATO dagegen wurde als „Machtspiel“ ohne ethische Anliegen beschrieben. Ein *Kernwaffenverbot* wurde als erste und dringlichste Maßnahme zur Beseitigung des Krieges schlechthin gefordert.

Neues Gleichgewicht?

Die von Premierminister *Margaret Thatcher* geförderte Ernennung von *Graham Leonard* zum Bischof von London, dem dritthöchsten Amt in der anglikanischen Hierarchie (nach Canterbury und York), war eindeutig dazu bestimmt, dem zumal unter den 43 Diözesanbischöfen *spürbaren Linkstrend* in den anglikanischen Stellungnahmen

zur Sozial- und Verteidigungspolitik zu begegnen. Nicht zuletzt, weil die Staatskirche noch unter dem alten Ruf leidet, die „konservative Partei in Gebetsstellung“ gewesen zu sein, sind viele ihrer heutigen Vertreter, zumal im jüngeren Episkopat bemüht, das Gegenteil zu erweisen. Das Votum aus dem „Church House“ hat immerhin dafür gesorgt, die Kirche von dem ihr neuerdings zugeschriebenen Ruf zu befreien, nicht mehr als „ein frommes Anhängsel der Atomgegnerbewegung“ zu sein. Einer Umfrage eines kommerziellen Fernsehprogramms zufolge, bekennen sich Klerus und Bischöfe mehr als die Laien Linksansichten zu. Ein Viertel der Bischöfe

bekennen sich als „Unilateralisten“, ein weiteres Viertel gab an, den Atomgegnern nahezustehen, die Pfarrer waren zur Hälfte für den einseitigen Verzicht auf britische Kernwaffen.

Die *politische Bedeutung des Synodenvotums* hängt natürlich eng mit der der Staatskirche noch verbleibenden moralischen Autorität zusammen, wenn gleich die Zahl ihrer Gläubigen zurückgegangen ist. Die sonntäglichen Kirchgänger werden auf 1 200 000 geschätzt, was bedeutet, daß sie von den katholischen Messegängern – die katholische Kirche in Großbritannien wird auf eine 10prozentige Minderheit geschätzt – bereits weit überflügelt wurde. R. H.

Zwischen Reaktion und Revision

Die Sowjetunion nach dem Machtwechsel

Als am Morgen des 10. November 1982 der seit etwa sechs bis acht Jahren kränkelnde sowjetische Partei- und Staatschef *Leonid I. Breschnew* schließlich doch eher unerwartet starb, da wählte das in aller Eile zusammengetretene Politbüro in geheimer Abstimmung den ehemaligen KGB-Chef (1967–82) *Jurij W. Andropow* zum Nachfolger. Die Wahl wurde vom außerordentlichen Plenum des Zentralkomitees zwei Tage später bestätigt.

In dem immer noch nicht konsequent institutionalisierten Sowjetregime bedeutet jede Nachfolge eine potentielle Krise. Hinzu kam die seit Reagans Amtsantritt so schwierige Beziehung zu den USA im Äußern und zunehmende Symptome einer möglichen Krise im Innern. Unter diesen Umständen muß die Person des Nachfolgers – eine offenbar sehr starke Persönlichkeit – ganz besonderes Interesse erregen. Was ist von einer nun womöglich anbrechenden „Ära Andropow“ zu erwarten?

Breschnews Erbe: Von der Stabilität zur Stagnation

Jeder Nachfolger im Kreml begann zunächst einmal mit einer *Reaktion auf die Politik seines Vorgängers*. Will man die „objektiven“ Faktoren beurteilen, die Andropows Prioritäten, Probleme und Handlungsspielraum bedingen, ist eine Rückbesinnung auf die Leistungen und Fehlleistungen der Ära Breschnew angebracht. Die eigentliche Leistung des eher nüchternen Manager-Regimes Breschnews war die Stabilisierung, ja weitere Institutionalisierung des Sowjetregimes. Doch der Preis dieses vor allem auf bürokratischem Interessenausgleich basierenden Regimes war *zunehmende Stagnation* im Innern, das Hinauszögern großer Entscheidungen und nötiger Reformen,

mit dem Ergebnis, daß mittlerweile (wie ein ungarischer Ökonom meint), das weitere Vertagen von Reformen noch riskanter geworden sein könnte als deren Inangriffnahme (Neue Zürcher Zeitung, 24. 7. 82). Hinzu kommt, daß in den Reihen der Partei selbst die Frustrationen der jüngeren, fachlich gebildeteren Funktionäre sich angestaut haben dürften, die sich in ihren weiteren Aufstiegschancen blockiert sahen, der Preis der Politik der „Stabilität der Kader“. 70% der Mitglieder traten der Partei erst nach 1953 bei, aber unter denen, die einen führenden Posten bekleiden, sind von ihnen weniger als 20 Prozent zu finden (vgl. Times, 20. 11. 82). 1964, unter dem Eindruck Chruschtschowschen „Voluntarismus“, „Subjektivismus“ und der dauernden personellen Versetzungen, sehnten sich die „Kader“ vor allem nach Ruhe und Regularität; heute dürfte die Stimmung eine andere sein – und das könnte nötige Reformpläne begünstigen.

Im Bereich der *Außenpolitik* war das Breschnew-Regime zunächst, bis etwa Mitte der siebziger Jahre, immens erfolgreich: SALT (1972) bescheinigte ihm die strategische und implizit die politische Parität; die KSZE-Konferenz von Helsinki (1975) sollte die Legitimität der sowjetischen Stellung in Osteuropa vertraglich verbrieft – in der Praxis bereits ein weniger eindeutiger Erfolg. Doch die sowjetische Diplomatie hat schon oft dazu geneigt, gerade dann, wenn ihre Position am günstigsten erscheint, am wenigsten klug vorzugehen. Angesichts des offenbaren amerikanischen „Willensverlustes“ (Rückzug aus Vietnam 1973, Haltung des Kongresses angesichts des angolesischen Bürger- und Stellvertreterkriegs Ende 1974, Hinnahme der Besetzung Südvietnams durch den Norden 1975 und womöglich auch die Wahl des „libera-

len“ *Jimmy Carter* 1976) wurde die sowjetische Außenpolitik immer offensiver.

Mit der Militärintervention in Afghanistan, noch dazu vor dem Hintergrund des Teheraner Geiseldramas, bewirkte die Sowjetunion selbst die Wiederherstellung eines verlorenen sicherheitspolitischen Konsenses in den USA, den die Wahl von *Ronald Reagan* besiegelte. In paradoxer Verkehrung sah sie sich nun ihren eigenen traditionellen Topoi konfrontiert: Primat des Ost-West-Konflikts, und das vor allem unter ideologisch-militärischen Gesichtspunkten; erneute Denkbarekeit des Krieges im Clausewitzschen Sinne; letztlich der Wunsch, das gegnerische System auf den „Abfallhaufen der Geschichte“ zu befördern (*International Herald Tribune*, 14. 6. 82). Spätestens ab Sommer 1981 reagierten die sowjetischen Politiker mit vermehrter Unruhe, ungeachtet aller Warnungen Breschnews und seines Anhangs, sich nicht „provizieren“ zu lassen. Immer deutlicher schalteten sich die *Militärführer* in die sicherheitspolitische Debatte ein. Schließlich, am 27. Oktober, scheint Breschnew dem Drängen der „Falken“ nachgegeben zu haben. Auf Wunsch des Verteidigungsministers gab er einen Empfang für die militärischen Spitzenführer: das letzte derartige Ereignis hatte 1972 (SALT) stattgefunden und zuvor 1962 (Kuba-Krise). Laut Generalstabschef *Nikolaj Orgakow* versprach Breschnew nun den Militärs die so dringend geforderte Erhöhung der „Verteidigungsbereitschaft“ und vor allem eine Forcierung der technologischen Modernisierung. Es schien, daß damit die Führung ihre Hoffnungen auf einen neuen „Nixonschen Realismus“ weitgehend begraben hatte, auch wenn Breschnew weiterhin seinen Kurs zugunsten einer Détente betonte. Seine anfangs so erfolgreiche Koexistenzpolitik, mittels derer er seit etwa 1969 bis 1973 zum „primus inter pares“ aufgestiegen war, lag in Scherben.

Von einer latenten in eine offene Krise

Schon Chruschtschow hatte gewarnt: Ließe sich die Sowjetunion auf den Rüstungswettlauf mit einem wirklich aufgebracht Amerika ein, könnte sie womöglich bald wirtschaftlich „ohne ihre Hosen“ dastehen. Unter Breschnew belief sich die Rüstungslast laut CIA auf ca. 11–13% (USA heute ca. 7%, Bundesrepublik 2,9%) des Bruttosozialprodukts. Doch gerade eine immer technologie-intensivere Rüstung fällt der Sowjetunion schwer. Selbst die seit Mitte der sechziger Jahre notgedrungen *zunehmend an Wirtschaftsfragen interessierten Militärs* müssen wissen, daß eine zivile Wirtschaft, die fünf bis fünfzig Jahre hinter dem Westen zurück ist, längerfristig einem Rüstungswettlauf nicht standhält: Man hat bereits berechnet, daß die Sowjetunion dann bis Anfang des nächsten Jahrhunderts die letzte Kopeke in die Rüstung stecken müßte. Hinzu kommt, daß auch in der Sowjetunion, trotz der Vorherrschaft des professionellen Militärwesens in der Sicherheitspolitik, die Einsicht zu dämmern begonnen hat, daß insbesondere die strategische Macht in mancher Hinsicht von nur begrenztem politischen Wert ist (*Georgij A. Arba-*

tow, *World Marxist Review*, 2/74, S. 56). Vor allem ist die Rendite an wirklicher „Sicherheit“ wahrscheinlich sogar negativ (*F. Burlackij*, *Voprosy filosofii*, 12/82, S. 63). Es geht nicht an, eine Gesellschaft nur an ihrem militärischen Potential messen zu wollen, mahnte sogar kürzlich Andropow.

Die Stalinsche „Wehrwirtschaft“ konnte die sozialen und sonstigen Kosten der forcierten Schaffung einer Schwer- und Rüstungsindustrie im Dienste eines gewaltigen Landheeres noch ignorieren. Doch die Welt hat sich geändert und nicht zuletzt die Lage der Sowjetunion selbst. Angesichts sich verknappender Ressourcen – an Kapital, Menschen und Rohstoffen – wird die *Umstellung von der extensiven auf eine intensive, Qualität und Effizienz betonende Strategie* immer unabweisbarer.

Ein gerade in der slawischen Bevölkerung relativ abrupt eingetretener demographischer „Engpaß“ bedeutet, daß man hinfort auch mit dem Menschen, „material“ wird sparsamer – und fürsorglicher – umgehen müssen. Angesichts der wiederentdeckten Notwendigkeit der (positiven) Motivation ist es kein Zufall, daß inzwischen so unorthodoxe Begriffe wie „Interesse“, „Persönlichkeit“, „Partizipation“, „öffentliche Meinung“, „Demokratisierung“ usw., also zentrale Kategorien der „gegnerischen“, bürgerlichen Lebenswelt, wieder diskutiert werden. Die Hauptproduktivkraft, so Breschnew, ist heute der Mensch (*Pravda*, 23. 11. 81).

Das erklärt nicht zuletzt, warum sich Breschnew (wie vor ihm Chruschtschow) für die *Landwirtschaft* stark gemacht hat, deren Produktion für den Konsumgüterbereich bestimmend ist. Doch die von Breschnew erstrebte zweite Revolution auf dem Lande in Gestalt seiner Industrialisierung wurde zu einem Fiasko. Ungeachtet des während seiner Amtszeit (1964–82) investierten Gegenwertes von \$ 530 Mia (*Time*, 22. 11. 82, S. 21), mehr als in der Zeit von 1917 bis 1965 insgesamt, ist die Landwirtschaft inzwischen dabei, die fünfte (!) Mißernte hintereinander zu produzieren. Statt des geplanten jährlichen Schnittes von 235 Millionen Tonnen Getreide erwirtschaftete man 1981 knapp 150 Millionen, kaum mehr als in dem Krisenjahr 1975 (140 Millionen Tonnen) und 1982 laut *Walentin Mesjaz* 176 Millionen Tonnen Getreide (*Neue Zürcher Zeitung*, 5. 11. 82). So ist die Sowjetunion zum größten Importeur von Getreide und Nahrungsmitteln geworden (1981 46 Millionen Tonnen im Werte von ca. \$ 7 Mia: *Time*, 22. 11. 82). Denn die Entwicklungen in Polen haben Breschnews Warnungen von 1978, die *Versorgungsprobleme* könnten schließlich zu Unruhen führen, nur noch aktueller gemacht.

Die Folgen einer *vernachlässigten Infrastruktur* werden immer spürbarer. Verheerende Zustände im Transportwesen tragen entscheidend dazu bei, daß jährlich etwa ein Fünftel (!) der Ernte verlorengelht (*International Herald Tribune*, 24. 5. 82). Ein Viertel der Arbeitszeit in den Fabriken wird vertan, weil die Zulieferung nicht funktioniert.

Ein drohender *Engpaß im Energiewesen* – bei der heutigen

Wirtschaftsstruktur erfordert jedes zusätzliche Prozent Wachstum auch ein Prozent mehr Energieverbrauch – hat zu einem neuen Dringlichkeitsprogramm geführt, das in seiner Funktion in gewissem Sinne an Chruschtschows Neulandkampagne erinnert (die seinerzeit als „Rettungsanker“ des stalinistischen Wirtschaftssystems fungierte). Ca. ein Drittel aller Kapitalinvestitionen geht bereits in diesen sich infolge zunehmender Erschließungsprobleme dauernd verteuernenden Bereich (Times, 19. 7. 82). Deswegen will man zugleich die Entwicklung der Atomenergie vorantreiben, die bis 1985 12% der gesamten Stromversorgung sicherstellen soll.

Die Grenzen des „historischen Potentials“ erreicht

Vor dem Hintergrund all der ökonomischen Probleme aber hat die *polnische Krise* seit dem Sommer 1980 das Einparteieregime seiner bislang größten politischen Herausforderung konfrontiert in Gestalt einer authentischen, autonomen und wohlorganisierten Arbeiterbewegung. Eine äußerst liberale Presse deckte zugleich schonungslos auf, daß die vielgepriesenen „sozialen Rechte“ – gewissermaßen der Ersatz für die fehlende politische Freiheit – in sich zusammenschumpfen vor dem bereits *ins Monumentale gehenden Ausmaß der Korruption*. Kein Wunder, wenn Andropow und Konservative im Kampf gegen dieses Unwesen – das aber auch, und das wird leicht vergessen, ein heimliches Sicherheitsventil des Systems ist – eine Hauptaufgabe sehen, zumal eine florierende Parallelwirtschaft die Steuerbarkeit der Wirtschaft zunehmend in Frage stellt. Mochte das Ende aller Grundsatz- und Reformdebatten seit Ende der sechziger Jahre geradezu zum Systemcharakteristikum der Ära Breschnew geworden sein, in Anbetracht der sich zuspitzenden krisenhaften Entwicklungen – und zunehmender Symptome von Führungsschwäche Breschnews – war es nicht verwunderlich, daß sich allmählich die kritischen Stimmen zu mehren begannen. Ja man hatte den Eindruck, daß bereits mehr und mehr Reformprojekte für den „Tag x“, Breschnews Ableben, produziert wurden (*F. Lewis* in *International Herald Tribune*, 16. 7. 82). Angesichts der polnischen Entwicklung sprach Prof. *Anatolij P. Butenko*, Sektionsleiter am Institut für sozialistische Wirtschaftssysteme, offen von der Existenz „antagonistischer Widersprüche“ im System, die auch politisch bedingt seien (*Voprosy filosofi*, 10/82, S. 22). Sein Kollege *Jurij W. Nowopaschin* meinte ganz im Geist der italienischen Eurokommunisten, das rückläufige Wirtschaftswachstum in *allen* sozialistischen Ländern bedeute, daß „die neue gesellschaftliche Formation in gewissem Sinne die Grenzen ihres historischen Potentials“ erreicht habe (*Voprosy filosofi*, 8/82). Ein „Mechanismus“, der zum Bremsklotz geworden sei, so schrieb *W. Korol'jow* (*Socialisticeskaja industrija*, 14. 3. 82) sei zu zerschlagen. Andeutungen wurden gemacht, auch der Parteiapparat würde „mitunter“ zum Verhängnis (was offenbar auch Chruschtschow schließlich so empfunden hatte). Gegen Jahresende 1981 pries ein *Pravda*-Artikel

(7. 12. 81) uneingeschränkt Kádárs Experiment im „Gulaschkommunismus“ an, mit dem bezeichnenden Argument, auch was privat erwirtschaftet worden sei, käme schließlich der Allgemeinheit zugute. Zum gleichen Thema erschien ein programmatisch wirkender Leitartikel von *W. I. Busdalow* und *M. Buch* (*Voprosy ekonomiki* [3/82]).

Doch auch die Reaktion, aufgescheucht durch *Solidarność* ließ nicht auf sich warten. Das nach mehrmonatigen bürokratischen Geburtswehen endlich im Mai verabschiedete „*Lebensmittelprogramm*“ war entsprechend „entschärft“. (Die von Breschnew geforderte Erhöhung der Privatinitiative wurde übergangen, ebenso das im bürokratischen Dauerkampf um die Ressourcenaufteilung potentiell wichtige neue Rajon-Glied, das aber inzwischen im Januar Gegenstand eines besonderen Dekrets geworden ist.) Es war symptomatisch, daß man den Tod von *Ewsej Liberman*, des geistigen Vaters von Kossygin's liberalisierender Wirtschaftsreform von 1965, keiner offiziellen Anzeige für wert befand, so daß er erst ein halbes Jahr später bekannt wurde (*dpa*, 6. 10. 82). Eine altersmäßig „fällige“ Auszeichnung für einen anderen Reformökonom, *Abel Aganbegjan*, fiel betont dürftig aus. Schließlich, zu Jahresbeginn 1983, erinnerte *Kommunist*, das theoretische Organ des ZK, an das Fraktionsverbot von 1921: Die Einheit der Partei sei lebensnotwendig und damit weitere Debatten einfach nicht zulässig. *Roy Medwedew*, die loyale Einmann-Opposition der Partei, wurde scharf verwarnt.

Andropows Kampf gegen Sinekuren

Spätestens mit dem Tod des Chefideologen und Hüters der „kollektiven Führung“, *Michail A. Suslow*, am 25. Januar 1982 begann der heimliche Machtkampf zwischen Breschnews „Kronprinz“ Tschernenko und Andropow, der im Mai 1982 in das ZK-Sekretariat zurückkehrte. Obgleich der ehemalige KGB-Chef – bewußt? – wenig „publicity“ entfaltete, trat er bereits am 25. Juni anlässlich der 1500-Jahr-Feier von Kiew als Sprecher des Politbüros auf. Meisterhaft muß er Breschnews plötzlichen Tod am 10. 11. genutzt haben, um sich zum Nachfolger ernennen zu lassen – eine an sich sehr ungewöhnliche Wahl, die in mancher Hinsicht mit den Interessen der Schlüsselinstitution des Regimes, des Partei-Apparats, nur schwer vereinbar scheint.

Es heißt, Verteidigungsminister *Dimitrij F. Ustinov* habe als erster gegen Tschernenko und zugunsten Andropows gesprochen, gefolgt von Außenminister *Andrej A. Gromyko*, dem Moskauer Parteichef *W. W. Grischin*, dem Leningrader *Grigorij W. Romanow* und sogar Breschnews Gefolgsmann, dem Ukrainer *Wladimir W. Schtscherbickij*. Zweifellos ist Andropow in bezug auf Seniorität und „all round“-Erfahrung Tschernenko überlegen. Aber es war keineswegs klar, daß das Führerkollektiv einen potentiell so starken Mann wählen würde. Mit der Ernennung des relativ jugendlichen, kultivierten, effizienten, aber auch

harten Parteichefs von Aserbeidschan, *G. Aliew*, zum neuen stellvertretenden Ministerpräsidenten am 22. 11. lancierte Andropow sogleich einen Verbündeten zum Anwärter für das Amt des Ministerpräsidenten. (Der Regierungsapparat hatte wohl hinter Tschernenko gestanden.) Doch wurde Andropow auf der Sitzung des Obersten Sowjet im Dezember noch nicht zum Staatsoberhaupt gewählt, was die Grenzen seiner Macht andeutet. Eine ganze Reihe dennoch überraschend schnell aufeinander folgender Personalveränderungen unterstrichen indessen einen neuen Stil und verdeutlichten, daß es Andropow mit seiner Betonung der Effizienz, Kompetenz und Korrektheit ernst ist. U. a. wurden ausgewechselt der Eisenbahnminister (30. 11.), der Komsomolchef (6. 12.), der Leiter der ZK-Abteilung für Agitation und Propaganda (6. 12.) – womöglich das Vorspiel der schon seit 1978 von Breschnew gewünschten Reform des gesamten Ideologie- und Propaganda-Apparats. Etwas rätselhaft war das Hin und Her an der Spitze der Sicherheitsorgane. Im Mai wurde unerwartet ein „outsider“, wenn auch ein professioneller „Tschekist“, *Witalij W. Fjodortschuk*, aus der Ukraine an die Spitze dieses mächtigsten Geheimdienstes der Welt gestellt. Doch am 16. Dezember mußte er diesen Posten zugunsten von Andropows Stellvertreter *W. Tschebrikow* räumen. Fjodortschuk wurde zum neuen Innenminister ernannt.

Die eigentliche Feuerprobe für innovative Pläne dürften Umsetzungen im Parteiapparat selbst sein. Andropow soll bereits den bislang für fast allmächtig geltenden Gebietssekretären bedeutet haben, künftig gebe es keine Sinekuren mehr (*Economist*, 25. 12. 82, S. 57). Doch Chruschtschows Sturz bleibt eine Warnung, daß ein Parteichef nicht zu viele bürokratische Interessen auf einmal verletzen darf, auch wenn Andropow mit seiner Machtbasis im KGB womöglich hierbei mehr Spielraum hat.

Das Image des neuen „ersten Mannes“ der Sowjetunion ist von geradezu gezielter Ambivalenz: einerseits der harte Polizeichef, der die Mitte der sechziger Jahre entstandene Dissidentenbewegung weitestgehend zerschlagen hat; andererseits der kultivierte, quasiliberales Intellektuelle und Mann von Welt von beeindruckender Informiertheit.

Mehr als sein nur zu erschließendes Wirken im Dunkel des Geheimdienstes könnten seine Jahre in Ungarn (1954–57) Hinweise geben auf seinen politischen Stil. Er hat *Imre Nagy* getäuscht und in den Tod geschickt. Aber er hatte auch den Kreml vor einer Politik gewarnt, die in die Revolution einmündete (*Harrisow Salisbury* in *International Herald Tribune*, 17. 11. 82) – und wurde wegen „Alarmismus“ gerügt. Er bewirkte die Absetzung des Stalinisten *Mátyás Rakósi*, und er kontaktierte Titos Kandidaten, den „Zentristen“ *Janos Kádár*, und setzte sich für dessen Ernennung zum neuen Parteichef ein. Der Bund mit diesem Protégé wurde herausgestellt, als Andropow anlässlich seines Empfangs für die osteuropäischen Parteichefs im Dezember 1982 nach dem Gespräch mit Kádár bekanntgeben ließ: Es gab vollkommene Übereinstimmung in „allen wichtigen Gegenwartsproblemen“ (*Tass*, 20. 12. 82).

Lernbereit und dennoch im Zwielficht

Andropow ist nicht nur der harte und effiziente – wenn auch (im Gegensatz zu einem Berija) kein sadistischer – Polizeichef gewesen, sondern auch ein betonter „Moder-nist“ und äsopischer Hauptkritiker der heimlichen Militarisierung der Politik in der Ära Breschnew. Während traditionell die „Vaterlandsverteidigung“ im sowjetischen Denken sakrosankt zu sein pflegte, nannte er das Wettrüsten schonungslos ein „ziellooses Vergeuden von Ressourcen“. Immer wieder setzte er sich uneingeschränkt für die Koexistenz als einzig rationalen Kurs im Nuklearzeitalter ein (z. B. *Pravda*, 23. 2. 79). Es heißt, er habe die von Breschnew im Oktober 1982 schließlich versprochenen *neuen Rüstungsanstrengungen* zunächst einmal suspendiert. In der Tat gibt es Anzeichen, daß die seit 1975 zunehmend verringerten Investitionen in der zivilen Wirtschaft – ein Hauptpreis der Aufrüstung – künftig womöglich wieder erhöht werden. Andropow ist kein Wirtschaftsfachmann, aber seine enge Beziehung zu Kádár ist doch aufschlußreich. Kürzlich erklärte er, er habe zwar keine fertigen „Rezepte“, aber man könne auch „experimentieren“. (Der Parteiapparat übergibt solche Signale mit Schweigen.)

Zu Andropows Kreis werden einige der besten und unkonventionellsten politischen Berater der Sowjetunion gerechnet wie *G. Arbatow*, *Fjodor Burlatskij*, *Alexandr Bowin* (*J. Hough* in *International Herald Tribune*, 31. 5. 82), ja sogar *Roy Medwedew* soll von ihm protegiert worden sein. So kann es nicht verwundern, daß Andropow mehr echtes Verständnis für die westliche, „pluralistische“ Politik zu besitzen scheint als die anderen Politbüromitglieder. Auch in der Nationalitätenproblematik gab er sich „liberal“: „Wir glauben, daß für jedes Land die Formen am besten sind, die von seinem Volk angenommen werden und seinen Interessen und Traditionen entsprechen“ (*Pravda*, 23. 4. 82). Andropow erklärte sich bereit, aus den Erfahrungen der „Bruderländer“ und auch der übrigen Welt zu lernen. Das ist für einen Sowjetführer immerhin etwas Neues.

Doch kaum, daß Andropows Machtantritt in vielen Kreisen West- und Osteuropas überraschend positiv aufgenommen worden war, richtete die Rückberufung des italienischen Botschafters aus Sofia im Dezember die Augen der Welt auf die „bulgarische Verbindung“ von *Ali Agca*, des Mannes, der am 13. Mai 1981 Papst *Johannes Paul II.* zu erschießen versuchte.

Die Rolle des bulgarischen Geheimdienstes scheint erwiesen – und damit die letztlich Verantwortung des damaligen Oberherrn aller Geheimdienste des Ostblocks, *Jury W. Andropow*. Dennoch paßt dieser Schritt auf den ersten Blick denkbar schlecht in jenes politische Konzept, das Andropow vertreten hat: Koexistenz, Ausgleich mit den USA als Problem Nr. 1, Sinn für nationale Besonderheiten, Zentrismus. Andererseits ist unübersehbar, daß in jenem Frühjahr 1981 in Polen (und womöglich in ganz Osteuropa) „Falken“ gern den Notstand provoziert hätten (man denke nur an den Bdydgosz-Zwischenfall vom

19. März), ja die Sowjetintervention wünschten (*S. Olaszowski* und *T. Grabski* waren bereit, das Hilfesuch zu erlassen) – womöglich auch zum Preis eines neuen kalten Krieges als Voraussetzung für das von ihnen erstrebte Regime der „belagerten Festung“. Oder ist die auf den ersten Blick so unwahrscheinliche These des italienischen Verteidigungsministeriums plausibler, daß der KGB (und damit Andropow) im Tod des Papstes, den sowjetische Konservative fast schon als *Vater der Solidarność* betrachteten, ein Mittel gesehen hatte, eine bereits vorbereitete Militärintervention zu verhindern, zumal die Fährte der Täter in die Türkei und die Welt des Islam verwiesen hätte? Die Rechtfertigung der *Pravda* vom 5. Januar 1983, alles sei das Werk der CIA gewesen, befriedigt schwerlich. Findet die Sowjetunion keine bessere Erklärung, wird ihr Regime und damit der neue erste Mann – ein Mann, der in den sechziger Jahren einmal eingesetzt worden war, um den KGB zu „zähmen“ (der seinerzeit versuchte, mit Attentaten Chruschtschows *Détente* zu torpedieren) – im Zwielficht bleiben. Würde sich die Verantwortung des sowjetischen Geheimdienstes herausstellen, wären die Folgen unübersehbar, und weitere Attentate (auf Ronald Reagan, Aldo Moro, Anwar Al Sadat usw.) müßten möglicherweise neu durchleuchtet werden.

Der „Konflikt der Systeme“ bleibt

Andropow wurde nicht zuletzt gewählt, weil er sowohl „Konservative“ als auch „Modernisten“ zu befriedigen versprach. Er selbst hat sich als „Modernist“ gegeben. Er weiß aber auch, daß die Partei die *Schlüsselinstitution* des Sowjetregimes ist und damit der „Konflikt der Systeme“ unabänderlich bleibt. Einstweilen scheint die Entwicklung auf dem niedrigsten gemeinsamen Nenner stehengeblieben zu sein: Mehr „Disziplin“ als scheinbar ökonomischstes Mittel zur Anhebung der Leistungen. „Wir versuchen, die beste Lösung im Rahmen des kollektiven Eigentums zu finden“, erklärte der angeblich Andropow nahestehende A. Bowin (vgl. *International Herald Tribune*, 2. 8. 82). Doch hier liegt die *crux*: Die Kräfte der Reform haben *keine institutionelle Basis*, die etablierten Institutionen kein Interesse an Reformen. Denn daß Andro-

pow den Polizeiapparat zur Triebkraft der Modernisierung machen kann, scheint unwahrscheinlich.

Jurij Andropow ist kein Liberaler im westlichen Sinne und kann das gar nicht sein. Für jeden sowjetischen Parteichef muß die Erhaltung des – wesensmäßig antiliberalen – Systems das A und O seiner Politik bleiben. Doch es gibt eine gewissermaßen „sekundäre“ Marge, *wie* das am besten zu geschehen habe, und hierbei verspricht Andropow einen offenbar „aufgeklärteren“ Autoritarismus. Der Umstand, daß man in den letzten Wochen zwar bereits viel von der erwarteten Strenge, aber wenig von der erhofften Intelligenz gesehen hat, wie Roy Medwedew sarkastisch bemerkte, muß noch nicht das Ende vom Weg sein. Im Gegensatz zu amerikanischen Präsidenten, die ihre Hauptinnovationen zu Beginn ihrer Amtszeit durchzuführen pflegen, muß ein sowjetischer Parteichef seine Macht erst konsolidieren. Dazu brauchte er in der Vergangenheit etwa fünf Jahre. Andropow ist 68, beinahe zehn Jahre älter als seine beiden Vorgänger bei ihrem Amtsantritt, hat also weniger Zeit, was ihn zur Eile antreiben dürfte. Ihm käme wohl auch zugute, daß nichts der Zentralisierung der Entscheidungsfindung so dienlich ist wie eine Krise. Im übrigen aber weiß gerade ein ehemaliger Geheimdienstchef, was *Alexis de Tocqueville* betont hat: Der eigentlich kritische Augenblick in der Geschichte eines autoritären und ineffizienten Regimes tritt dann ein, wenn es sich reformieren muß ... *Astrid von Borcke*

Literatur:

Eine brillante Analyse der heutigen Situation der Sowjetunion ist der Vortrag von *Richard Pipes*, *Die Sowjetunion in der Krise*. Amerika-Dienst, United States Information Service, Embassy of the United States of America, Postfach 200300, 5300 Bonn 2, 14. 10. 1982, 19 S.

Ausgezeichnet ist der von *Seweryn Bialer* herausgegebene Sammelband, *The Domestic Context of Soviet Foreign Policy*. Boulder, Colorado: Westview Press; London, England, Croom Helm, 1981. XVIII, 441 S.

Zur sowjetischen Sicherheitspolitik und den Partei-Militär-Beziehungen vgl. den Aufsatz der Verfasserin, „Kapazitäten“, „Intentionen“ und politischer Prozeß. Bestimmungsfaktoren der sowjetischen Sicherheits- und Rüstungspolitik. Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln 1983 (im Druck).

Selbsthilfe als Alternative

Ein Gespräch mit dem Berliner Sozialsenator Ulf Fink

Der Senator für Gesundheit, Soziales und Familie in Berlin, Ulf Fink, hat als einer der ganz wenigen Sozialpolitiker christlich-demokratischer Regierungen seit seinem Amtsantritt versucht, vor allem im Bereich der Sozialhilfe mit der Alternativen Szene der Stadt ins Gespräch zu kommen und deren Selbsthilfeprojekte auch finanziell zu fördern. Das Gespräch, das wir hier veröffentlichen, kreist um die Frage, inwieweit Selbsthilfeorganisationen der Alternativen Bewegung ein entwickelbarer Ansatz für eine stärker am einzelnen orientierten Sozialpolitik sein können. Zum gleichen Thema

ausführlicher äußert sich Senator Fink in einem Herder-Taschenbuch, das unter dem Titel „Keine Angst vor Alternativen. Ein Minister wagt sich in die Szene“ im Spätsommer 1983 erscheinen wird. Die Fragen stellten Ulrich Ruh und David Seeber.

HK: Herr Senator Fink, die Alternative Szene hat sich als eine Form von Subkultur in den letzten Jahren stark ausgebreitet. Sie in Berlin sind nicht nur in besonderer Weise davon betroffen, sondern haben, seitdem Sie an der Re-